

BGB IV - Pechtag

Die Klausur ist in der Veranstaltung BGB IV im Sommersemester 2017 an der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover gestellt worden. Herzlicher Dank gebührt Frau Prof. Dr. Buck-Heeb und dem Lehrstuhl, die sich mit der Veröffentlichung des Sachverhalts einverstanden erklärt haben. Verfasserin der Klausurlösung ist stud. iur. Paula Kirsten, die Klausur ist mit 13 Punkten bewertet worden.

Fall 1

Als A, der als selbstständiger Malermeister beruflich tätig ist, abends nach der Arbeit in seine Mietwohnung in einem Mehrfamilienhaus kommt, stellt er fest, dass bereits erhebliche Mengen Wasser durch die Decke in seine Wohnung gelaufen sind. Die darüber liegende Wohnung hat die B gemietet. Sie hatte A am Vortag informiert, dass sie verreist und erst in sechs Wochen wieder zurück sein wird. B hatte am Abreisetag jedoch vergessen, einen Wasserhahn in ihrer Wohnung vollständig abzustellen. Da A, der über keinen Schlüssel zur Wohnung der B verfügt, weitere Schäden in seiner eigenen Wohnung, aber auch in der der B verhindern will, öffnet er gewaltsam die Wohnungstür der B. Dabei verletzt er sich jedoch am Arm und erleidet eine blutende Wunde. A findet den laufenden Wasserhahn im Badezimmer und dreht ihn zu. Auf dem Weg dorthin durch das Wohnzimmer stößt er jedoch leicht fahrlässig den Fernseher der B um, der dadurch vollständig zerstört wird.

Anschließend fährt A ins Krankenhaus und lässt dort seine Verletzung ärztlich behandeln, wodurch ihm private Arztkosten in Höhe von EUR 500 entstehen. Da der Wohnung der B weitere Schäden durch die Feuchtigkeit in ihrer Wohnung drohen, A die B nicht erreichen kann und jene erst in sechs Wochen wieder von ihrer Urlaubsreise zurück sein wird, beauftragt A den Installateur C damit, die Wohnung der B trocken-zulegen. Als nach drei Wochen die Wohnung der B trockengelegt ist, beschließt A die Wohnung dort neu zu tapezieren und zu streichen, wo das ausgelaufene Wasser die Wände in der Wohnung der B beschädigt hat. Hierfür braucht A als Malermeister fünf Stunden Arbeitszeit sowie Farbe und Tapete.

Als B schließlich nach sechs Wochen heimgekehrt ist, verlangt A von ihr Ersatz für die privaten Arztkosten (500 EUR), den an C gezahlten Werklohn (EUR 1.000) und die übliche Vergütung für die von ihm aufgewendete Arbeitszeit (5 Stunden) sowie Ersatz für Tapete und Farbe (EUR 100). B lehnt das empört ab und macht ihrerseits Schadensersatz für ihren zerstörten Fernseher geltend.

Frage 1: Kann A von B die Kosten für seine Heilbehandlung, den an C gezahlten Werklohn für die Trockenlegung der Wohnung und Ersatz für die Farbe und die Tapeten sowie die aufgewendete Arbeitszeit verlangen?

Frage 2: Hat B einen Anspruch auf Schadensersatz für den zerstörten Fernseher?

Fall 2

S ist mit X verheiratet. Für die gemeinsame Zukunft wollen beide ein Haus durch den Bauunternehmer U errichten lassen. Bei Baggararbeiten beschädigt der bei U Angestellte G eine Gasleitung, die bereits auf dem Baugrundstück verlegt worden ist. Gas strömt aus und entzündet sich, sodass es zu einer Explosion kommt, bei der S, der sich zufällig gerade am Rand des Baugrundstücks aufhält, um den Fortschritt der Bauarbeiten zu beobachten, getötet wird. Als die Polizei wenig später die X aufsucht und ihr vom tragischen Tod ihres Mannes berichtet, erleidet X einen Nervenzusammenbruch und muss daraufhin für mehrere Wochen in einer psychiatrischen Klinik ärztlich behandelt werden.

Hat X deliktische Ansprüche auf Schadensersatz?

Gutachterliche Lösung

Fall 1, Frage 1

A. Heilbehandlung

A könnte einen Anspruch auf Ersatz von Heilbehandlungskosten i.H.v. EUR 500,00 gem. §§ 677, 683, 670 BGB gegen B haben.

I. Geschäft

Dafür müsste ein Geschäft vorliegen. Letzteres ist jede fremdnützige Tätigkeit. Das Abstellen eines Wasserhahnes für die abwesenden Nachbarin in dessen Wohnung stellt eine fremdnützige Tätigkeit und mithin ein Geschäft dar.

II. Fremd

Das Geschäft müsste fremd sein. Fremd ist ein Geschäft, wenn es dem Interessen- und Rechtskreis eines anderen als dem des Geschäftsführers entspricht. Der Wohnung der B drohte während dessen Abwesenheit ein erheblicher Wasserschaden, der auch die darunter gelegene Wohnung des A in Mitleidenschaft gezogen hat. Ein fremdes Geschäft in Form des auch-fremden Geschäfts liegt vor.

III. Ohne Auftrag oder Berechtigung

A müsste ohne Auftrag oder Berechtigung gehandelt haben. Fraglich ist vorliegend, ob es sich im Falle des Tätigwerdens des A um eine bloße Gefälligkeit unter Nachbarn handle und der Anspruch somit scheitere.

Gefälligkeiten sind durch das Tätigwerden für einen anderen mit Rechtsbindungswillen gekennzeichnet. Für ein Gefälligkeitsverhältnis könnte sprechen, dass die A den B am Vortag darüber informiert hatte, dass diese verreisen wird. Allerdings hatte diese ihn nicht gleicherhand darum gebeten auf ihre Wohnung Acht zu geben. A verfügte auch nicht über einen Wohnungsschlüssel, sodass von einem Gefälligkeitsverhältnis während der Abwesenheit der B nicht auszugehen ist. Folglich liegt kein Gefälligkeitsverhältnis vor. A handelte ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung.

IV. Zwischenergebnis

A handelt ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung.

V. Fremdgeschäftsführungswille

Der Fremdgeschäftsführungswille wird durch auch-fremde Geschäfte indiziert.

VI. Interesse; Wille der B i.S.d. § 683 BGB

Letztlich müsste die Geschäftsübernahme dem Interesse sowie dem Willen der B entsprechen. Das Abstellen des Wasserhahnes ist der B objektiv nützlich. Interesse ist folglich anzunehmen. Bzgl. des ausdrücklichen Willens liegt keine Aussage der B vor, sodass auf den mutmaßlichen Willen abzustellen ist. Man kann davon ausgehen, dass die B zugestimmt hätte, dass der A den in der Wohnung befindlichen Wasserhahn abstellt, um Schäden zu vermeiden. Folglich handelte A im Interesse und Willen der B.

VII. Rechtsfolgen i.S.d. §§ 670ff. BGB

Gemäß §§ 683, 670 BGB kann A Ersatz seiner Aufwendungen verlangen. Aufwendungen sind freiwillige Vermögenseinbußen. Vorliegend hat A sich am Arm verletzt. Dies ist nicht freiwillig passiert. Fraglich ist, ob Schäden gemäß § 670 BGB analog als unfreiwillige Vermögenseinbußen ersatzfähig sind.

Nach h.M. sind diese ersatzfähig, sofern der Schaden eine Folge dessen darstellt, was mit dem Risiko des Tätigwerdens für einen anderen auch einhergeht. A hat die Tür der B aufgebrochen, um den darin befindlichen Wasserhahn abzustellen. Dass er sich dabei den Arm verletzt hat, ist Begleitrisiko der Handlung und der Schaden folglich ersatzfähig im Sinne des § 670 BGB analog.

VIII. Ergebnis

A hat einen Anspruch auf die Heilbehandlungskosten gemäß §§ 677, 683, 670 BGB i.H.v. EUR 500,00 gegen B.

B. Werklohn für die Trockenlegung

A könnte des Weiteren einen Anspruch auf den an C gezahlten Werklohn i.H.v. EUR 1.000,00 für die Trockenlegung der Wohnung gegenüber der B aus §§ 677, 683, 670 BGB geltend machen.

I. Fremdes Geschäft ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung

Bei der Beauftragung des C durch den A handelt es sich um ein fremdes Geschäft, das A auch mit Fremdgeschäftsführungswillen führte. A handelte auch nicht im Auftrag oder sonstiger Berechtigung.

II. Interesse, Wille der B

A müsste zudem im Interesse der B gehandelt haben und die Geschäftsübernahme müsste auch dem Willen der B entsprechen. Der Wohnung der B haben weitere Schäden durch die Feuchtigkeit gedroht; die Trockenlegung ist objektiv nützlich. Folglich war die Trockenlegung im Interesse der B. Allerdings hat letztere ihren Willen nicht äußern können – der A hat die B telefonisch nicht erreicht, sodass auf den mutmaßlichen Willen abzustellen ist, § 683 S. 1. BGB

A durfte davon ausgehen, dass B bei ihrer Heimkehr eine trockene Wohnung vorfinden möchte. Die Trockenlegung entspricht folglich dem mutmaßlichen Willen der B.

III. Rechtsfolge, §§ 683, 670 BGB

Folglich kann A Ersatz seiner Aufwendungen verlangen. Die Beauftragung eines Installateurs ist auch eine freiwillige Vermögenseinbuße, die im Rahmen des § 670 BGB ersatzfähig ist.

IV. Ergebnis

A hat einen Anspruch auf den an C gezahlten Werklohn i.H.v. EUR 1000,00 gegen B gemäß §§ 677, 683, 670 BGB.

C. Ersatz für Farbe, Tapeten

A könnte einen Anspruch auf Ersatz der Farbe und Tapeten gemäß §§ 677, 683 S. 1, 684 S. 1, 818ff. BGB gegen B haben.

I. Fremdes Geschäft ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung

Das Tapezieren und Streichen einer fremden Wohnung stellt ein objektiv fremdes Geschäft dar. Dieses hat A auch mit Fremdgeschäftsführungswillen und ohne Auftrag geführt.

II. Interesse und Wille der B

A müsste auch im Interesse der B gehandelt haben bzw. müsste die Geschäftsübernahme ihrem Willen entsprechen haben. Grundsätzlich ist das Streichen und Tapezieren einer beschädigten Wohnung dem Geschäftsmann objektiv nützlich. Allerdings ist der Wille im Rahmen des § 683 S. 1 BGB vorrangig. B hat weder ihren ausdrücklichen Willen geäußert, noch ist gem. ihres mutmaßlichen Willen davon auszugehen, dass das Streichen diesem entspricht. Vermutlich hätte A über Tapete und Farbe ihrer Wohnung selbstständig entscheiden wollen. Folglich stellt das Streichen und Tapezieren der Wohnung eine Aufwendung dar, die den Umständen entsprechend nicht erforderlich war, § 670 BGB. Folglich liegt eine echte, unberechtigte GoA seitens des A vor.

III. Rechtsfolge, § 684 BGB

Gemäß § 684 ist der Geschäftsherr im Falle der unberechtigten GoA verpflichtet, dem Geschäftsführer alles, was er durch die Geschäftsführung erlangt hat, herauszugeben.

B hat Besitz und Eigentum an der Farbe und der Tapete erlangt. Für diese muss sie dem A Wertersatz gemäß § 818 II BGB leisten.

IV. Ergebnis

A hat Anspruch auf Wertersatz für die Farbe und Tapete gemäß § 818 II BGB.

D. Ersatz aufgewendeter Arbeitszeit

A könnte Anspruch auf Ersatz für seine aufgewendete Arbeitszeit gemäß §§ 677, 683 S. 1, 684 S. 1 gegen B haben.

I. Unberechtigte GoA

Die Übernahme der Tapezier- und Malerarbeiten entspricht nicht dem Willen der B. Folglich handelt es sich um eine echte, unberechtigte GoA, dessen Rechtsfolgen sich nach §§ 684 S. 1, 818ff. BGB bestimmen.

II. Ungerechtfertigte Bereicherung

B hat Besitz und Eigentum an der Farbe und Tapete erlangt. Diesbezüglich war sie zum Wertersatz gemäß § 818 II BGB verpflichtet. Hinsichtlich der aufgewende-

ten Arbeitszeit ist die B jedoch nicht mehr bereichert, § 818 III BGB. Die unberechtigte GoA soll den Geschäftsherrn davor schützen, dass jemand in seinem Interessen- und Rechtskreis tätig wird. Im Falle der vorliegenden aufgedrängten Bereicherung durch die Arbeitszeit des A ist B nicht verpflichtet diese zu entlohnen.

III. Ergebnis

A hat keinen Anspruch auf Ersatz seiner aufgewendeten Arbeitszeit gegen B.

Frage 2

A. Schadensersatz Fernseher

A könnte Anspruch auf Schadensersatz für den zerstörten Fernseher gegen A aus §§ 280 I, 241 II BGB haben.

I. Schuldverhältnis

Es müsste ein Schuldverhältnis vorliegen. A handelte im Rahmen der Geschäftsführung ohne Auftrag, mithin einem gesetzlichen Schuldverhältnis.

II. Pflichtverletzung

A müsste eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis verletzt haben. In Betracht kommt das Ausführungsver schulden, § 677 BGB.

A hätte Rücksicht auf die Rechtsgüter der B, vorliegend ihren Fernseher nehmen müssen. Folglich liegt eine Pflichtverletzung vor.

III. Vertretenmüssen

A müsste die Pflichtverletzung auch zu vertreten haben. Ein Vertretenmüssen bemisst sich grds. nach § 276 BGB. Vorliegend könnte A jedoch die Haftungserleichterung des § 680 BGB zugutekommen.

1. Gefahrenabwehr, § 679 BGB

Die Geschäftsführung müsste der Abwendung einer dem Geschäftsherrn drohenden Gefahr dienen. A wollte den drohenden Wasserschaden für die B durch einen nicht geschlossenen Wasserhahn vermeiden. Beachtet man, dass die B sechs Wochen im Urlaub war, hätte nicht nur ihre Wohnung, sondern auch den darunter liegenden Wohnungen ein erheblicher Schaden gedroht. A handelte folglich im Rahmen der Gefahrenabwehr.

2. Haftungsmaßstab, § 680

A haftet nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Er hat den Fernseher aus leichter Fahrlässigkeit umgestoßen.

3. Zwischenergebnis

A hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten.

IV. Ergebnis

B hat keinen Anspruch auf Schadensersatz für den zerstörten Fernseher aus §§ 280 I, 241 II BGB

Fall 2

A. Heilbehandlungskosten

X könnte einen Anspruch auf Schadensersatz infolge einer ärztlichen Behandlung gegen den U aus § 831 S. 1 BGB haben.

I. Rechtsgutverletzung

X müsste in einem ihrer Rechtsgüter verletzt worden sein. In Betracht kommt eine Gesundheitsverletzung. Letztere ist das Hervorrufen oder Steigern eines pathologischen Zustands; ein Krankmachen. X hat einen Nervenzusammenbruch erlitten. Dieser war auch medizinisch konstatierbar; es bedurfte einer ärztlichen Behandlung. Folglich liegt eine Gesundheitsverletzung vor.

II. Verrichtungsgehilfe

U müsste einen Verrichtungsgehilfen bestellt haben. Ein Verrichtungsgehilfe ist, wer mit Wissen und Wollen im Tätigkeitsbereich seines Geschäftsherrn tätig wird. Der G ist Angestellter des U und folglich dessen Verrichtungsgehilfe.

III. In Ausführung der Verrichtung

G müsste der X in Ausführung einer Verrichtung Schaden zugefügt haben.

1. Ausführung

Während der Baggerarbeiten hat U eine Gasleitung beschädigt. Es kam zu einer Explosion. Problematisch ist, dass G in Ausführung der Verrichtung einer Dritten – hier S – zwar Schaden in Form des Todes zugefügt hat. Jedoch begehrt X einen Anspruch auf Schadensersatz.

2. Mittelbare Verletzung

X müsste durch den Tod ihres Mannes S einen Schaden erlitten haben. X erleidet einen Nervenzusammenbruch als die Polizei vom tragischen Tod berichtete. Dieser müsste auf das Verhalten des U zurückzuführen sein.

a) Äquivalenz und Adäquanz

Die Handlung des U müsste äquivalent und adäquat kausal für den Nervenschock der X sein. Die Baggararbeiten sind nicht hinwegzudenken ohne dass der Erfolg – Tod des S und Schock der X – entfielen. Es liegt auch nicht außerhalb der Lebenserfahrung, dass bei Übermittlung einer Todesnachricht die Ehegattin einen Schock erleidet. Äquivalenz und Adäquanz sind zu bejahen.

b) Schutzzweck der Norm

Die besagte Norm müsste auch jenes Unterlassen der Verletzungshandlung bezwecken. Grundsätzlich soll § 831 I BGB demjenigen einen Schaden zusprechen – „einem Dritten“ – der widerrechtlich verletzt worden ist. Hier hat X nur mittelbar durch das Handeln des U einen Schaden erlitten, ist allerdings auch als Dritte i.S.d. Norm anzusehen. Folglich ist der Schutzzweck zu bejahen.

IV. Verschulden

G müsste die Beschädigung der Gasleitung auch zu vertreten haben. Letztere war bereits auf dem Baugrundstück verlegt worden, sodass G mindestens fahrlässig handelte, § 276 II BGB.

V. Exkulpation, § 831 S. 2 BGB

Einen Entlastungsbeweis hat U nicht geführt.

VI. Schaden

Der X ist ein Schaden in Höhe der Behandlungskosten entstanden. Diese sind gemäß § 249 BGB auch ersatzfähig.

VII. Mitverschulden

Die X könnte ein Mitverschulden gem. § 254 BGB treffen. Grundsätzlich ist dieses anzunehmen, sofern der Geschädigte bei der Entstehung des Schadens mitge-

wirkt hat, also Tatbeiträge aus dessen Risikosphäre auf den Schaden einwirken. X war mit S verheiratet, mithin emotional derart involviert, dass die Todesnachricht sie besonders stark getroffen hat. Jene emotionale Gebundenheit entstammt ihrer Risikosphäre, sodass ein Schadensersatzanspruch um einen Mitverschuldensanteil zu kürzen ist.

VIII. Ergebnis

X hat einen Anspruch auf Schadenersatz in Form der Heilbehandlungskosten abzüglich eines Mitverschuldensanteils gegen U aus § 831 S. 1 BGB.

B. Schmerzensgeld

X könnte einen Anspruch auf Schmerzensgeld gemäß §§ 831 S. 1, 253 BGB gegen den U geltend machen.

I. § 831 S. 1

U haftet für den Schaden, den sein Verrichtungsgehilfe G verursacht hat.

II. Verletzung der Gesundheit, § 253 II BGB

X erleidete einen Schockschaden, der eine Gesundheitsverletzung darstellt.

III. Rechtsfolge

X hat einen Anspruch auf Schmerzensgeld, § 253 II BGB.

IV. Mitverschulden

X trifft ein Mitverschulden an diesem Schaden.

V. Ergebnis

X hat einen Anspruch auf Schmerzensgeld, § 253 II BGB abzüglich eines angemessenen Betrags wegen Mitverschulden.

Anmerkungen

Die Arbeit ist als überdurchschnittlich gut bewertet worden, Anstoß ist lediglich an den Ausführungen zum Mitverschulden genommen worden. Diese seien in dieser Kürze und Darbietung schwierig vertretbar.